

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: F 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 1/2 9 Uhr bis 1/2 7 Uhr. Erscheint täglich außer Montags
Tel.-Adresse: Postfach Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfachkonto Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 2,50 Mark einschließlich Träger-
Lohn in Berlin und Orten mit eigener Postleitung. — Vorauszahlbar
Postheute und Posttags 5,50 Mark; Streifenband im Ausland sowie nach
Oesterreich, Litauen, Ungarn, Danzig, Memel und Saargebiet 4,50 Mark,
Übrige Länder 4,80 Mark

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Normalzeile 70 Pf. Arbeiter-
organisationen und Familienanzeigen: Seite 40 Pf.
Kleine Anzeigen: Wort 15 Pf., Überschriftswort 25 Pf., be-
sonders kurz 50 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.
Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: (P 1) Berolina 1288, 1218

Die Kraft der antilascistischen Einheitsfront:

Die braune Mordpest weicht zurück

Hitler läßt den Potsdamer Nazitag absagen — Seine Furcht vor Störungen durch kommunistische Aufmärsche — Neue vollverräterische Taten der Nazi-Führer

Nun zeigt eure proletarische Stärke am Sonntag im Lustgarten!

Der Gegenaufmarsch des roten Berlin am kommenden Sonntag im Lustgarten hat die Nazi-Führer bewogen, unter Hinweis auf die „gespannte politische Lage“ den Aufmarsch der braunen Mordpest in Potsdam vollständig abzusetzen. Diese Absage ist von der Hitler-Partei offiziell den Behörden mitgeteilt worden.

Wie wir in den letzten Tagen aus zuverlässiger Quelle erfahren, hatte Hitler unter dem Eindruck des kommunistischen Demonstrationenaufmarsches bereits vorher sein Erscheinen nur unter der Bedingung zugesagt, daß die Parade nicht „von den Kommunisten bedroht“ würde. Die steigende Empörung der Berliner Arbeiterschaft hat den legaten Herrn Hitler, der ohne viel Umschweifen auf den Ministerstempel entseihen will, zu diesem Rückzug vor dem antilascistischen Aufmarsch des Berliner Proletariats unter der Führung der kommunistischen Partei gezwungen.

Diese Nachricht zeigt der gesamten Berliner Arbeiterschaft, daß sie in der kommunistischen Partei die einzige Führerin im antilascistischen Kampf hat — eine Führerin, die sie zu Erfolgen zu führen versteht. Wenn die braune Mordpest auch nur für einige Wochen vor dem roten Berlin zurückweicht, dann ist es ein Erfolg unserer antilascistischen Mobilisierung.

Es ist gewiß kein Erfolg des Herrn Jörgiebel, der seine Polizeitruppen bereits für den Schutz der braunen Morgengärten in mobilisierter Bereitschaft hielt.

Hitler weiß, daß er im roten Berlin noch auf Granit stößt. Hitler weiß, daß die Partei der 738 000 revolutionären Wähler Berlins seine Lösung, die er gestern in Leipzig ausgab: „Die Köpfe der Novemberverbrecher werden rollen“ mit der eisernen Einheitsfront des Proletariats, mit dem Aufmarsch der roten Betriebswehren, den Erwerbslosen Gruppen beantworten wird.

Die kommunistische Partei ruft trotz des Rückzuges der braunen Mordpest zum Aufmarsch des roten Berlin am kommenden Sonntag im Lustgarten. Es gilt, aufzumarschieren zu einer neuen Heerschau unserer revolutionären Massenfront. Jeder Werktätige soll sehen, daß die KPD sich in ihrer ganzen Politik grundlegend unterscheidet von den Polizeisozialisten à la Jörgiebel, die dem Faschismus den Weg bereiten. Daß die kommunistische Partei gegen die vollverräterische Hitler-Partei rückwärtslos kämpft und sie zurückgeschlagen wird.

Die neuesten Tatsachen der Hitlerpolitik zeigen diese Partei im Bündnis mit den widerlichsten imperialistischen Kriegshehnen Englands, wie dem Pfaffenlord Rothemann. Sie zeigt, wie z. B. in Leipzig, daß die nationalsozialistischen Vertreter gegen die kommunistischen Anträge auf Nichtdurchführung der Brüning'schen Diktaturbestimmungen stimmen. Sie zeigen die Hitlerpartei in der Front der Brüning'schen Katastrophopolitik, der Steuer- und Lohnräuber.

Börsenpanik in der ganzen Welt

Der gewaltige Wahstieg der RWD, unsere Anträge auf Einstellung sämtlicher Young-Zahlungen und die gewaltige Zuspitzung der Klassengegensätze, die auch im starken Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen gegen das Young-System zum Ausdruck kommen, haben die Börsenkurse zum Torkeln gebracht. Wühmendes Entsetzen hat die internationalen Finanzhäuser ergriffen. Millionen- und Milliardenverluste an den Weltbörsen sind zur täglichen Erscheinung geworden.

In der Londoner Börse sind in den letzten Tagen gewaltige Kurseinbrüche erfolgt. Besonders die Young-Anleihe ist stark gefallen.

In der New Yorker Börse beliefen sich die Kursberichte auf nahezu eine Milliarde. Sämtliche deutschen Obligationen erreichten Rekordtiefpunkte.

Nicht anders gestern an der Berliner Börse. Die Börsenblätter berichten erschrocken von schwacher Börse, von Kurseinbrüchen, von starken Auslandsverläufen und Kapitalflucht.

Das rote Berlin marschiert am Sonntag gegen die ganze Young-Katastrophopolitik, gegen ihre blutigen faschistischen Kettenhunde und ihre polizeisozialistischen Wegbereiter. Die Hunderttausende des roten Berlins marschieren für die große antilascistische und antikapitalistische Einheitsfront, für die Streikkräftung der Metallarbeiter, für die Befreiungslösungen der kommunistischen Partei.

Nazis und SPD für Young-Plan

Leipzig, 25. September. (Eig. Bericht.) Heute entlarvten sich die nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Volksbetrüger. In trauter Einheitsfront lehnten die Nationalsozialisten und die Sozialdemokraten den kommunistischen Antrag ab, der den Rat der Stadt Leipzig auffordert, bei der Reichsregierung die Einstellung der Young-Zahlungen zu veranlassen.

Kurz vorher stimmte die Einheitsfront von SPD bis Nazis gegen den kommunistischen Antrag auf Nichtdurchführung aller auf Grund der Brüning'schen Notverordnungen erlassenen Gesetze, insbesondere der Erhöhung des Beitrags zur Erwerbslosenversicherung und der Durchführung der Regenersteuer.

Nationalsozialistische und sozialdemokratische Wähler, so haben sie euch genarrt und betrogen!

Die RGD ruft zum Streit

Die gestrige BMM-Konferenz — Eine Entschliegung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition

Gestern fand im Saalbau Friedrichshain die Konferenz der BMM-Funktionäre in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller statt. Diese zusammengehobene, völlig unkontrollierbare Körperschaft hat natürlich alles getan, was Ulrich wollte. Zumal Ulrich zu bescheiden war, keine Entschliegungen vorzulegen. Er hat sich nur auf einen Bericht beschränkt.

Ulrich erzählte der BMM-Konferenz keine einzige neue Tatsache, die bisher nicht in der Presse bekannt geworden ist. Er entfaltete nur eine wilde Fehde gegen die Kollegen aus der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

In der Diskussion vertrat den Standpunkt der RGD das Mitglied der Berliner Ortsverwaltung des BMM und Branchenleiter der Gewerbe, Genosse Balkow. Er schlug folgende Entschliegung vor:

„Die Konferenz der BMM-Funktionäre eröfnet in der propagatorischen Forderung der Unternehmer, die Tariflöhne um 15 Prozent herabzusetzen, die Fortsetzung des in Mansfeld und im Ruhrgebiet einsetzenden Lohnraubes an den Arbeitern.“

Sie spricht dem Metallarbeitern, das trotz der Ausschließlichkeit der Verhandlungen noch immer weiter verhandelt, anstatt die

Waffen

Unser Aufmarsch zum 14. September war im wahren Sinne eine Sturmflut der revolutionären Begeisterung, die über das Land ging. 4,6 Millionen erhoben ihre Hand für die Partei der Befreiung, für die Partei der Forderung des Young-Planes, für die Partei der proletarischen Diktatur.

Die rote Heerschau der Millionen, die ihr Kampfgeplänze für Sowjetdeutschland ablegte, kam zustande durch die opfermutigste Aufrüstungsarbeit der Kommunisten, der roten Sportler, des verbotenen Roten Frontkämpferbundes, der jungen Antilascisten und aller aktiven Streiter unserer proletarischen Freiheitsfront. Sie standen in den Betrieben am fließenden Band und agitierten. Sie erhoben in den Belegschaftsversammlungen ihre Stimme für den Kampf der kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Sie gingen treppauf treppab in die Häuser, ihre Sprechbörse erschallten auf den Höfen. Sie fuhrten durch die Straßen und mobilisierten. Sie fuhrten aufs Land, in die Gebiete der agrarischen und faschistischen Reaktion. Sie starben unter den Augen der Nazibanden und der Jörgiebel-Polizei, Soldaten der roten Wahlschlacht für das befreiende Ziel: Sowjetdeutschland!

Die kommunistische Partei hat in diesem Wahlkampf auch den sozialdemokratischen Arbeitern gezeigt, daß die mutigsten, selbstlosesten und klassenbewußtesten Kämpfer des Proletariats im Lager des Kommunismus stehen. Nicht um Stimmen buhlte unsere Partei. Sie führte den Wahlkampf als einen Teil der großen Arbeiteroffensive gegen Lohn- und Steuerraub, gegen Massenelend, als einen Teil des Angriffs gegen das morische und ausbeuterische System des Young-Kapitals. Sie trat auf als einzige Partei, die nicht für Ministerstempel kämpft. Und darum kamen hunderttausende bisheriger sozialdemokratischer Wähler am 14. September zu uns.

Seitdem sind fast zwei Wochen vergangen. Die kommunistische Partei ist in diesen Tagen nicht nur vor ihren 4,6 Millionen Wählern, sondern vor den ganzen werktätigen Massen, vor den irreführten sozialdemokratischen und christlichen

Metallarbeiter zum Streit zu organisieren, ihr Mißtrauen aus. Sie fordert alle Berliner Metallarbeiter unter Hinweis auf das schmachvolle Verhalten der Verbandsführung im Ruhrgebiet und Mansfeld, wo der Lohnraub trotz Streit durchgeführt wurde, auf, gemeinsam mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition in allen Betrieben den Streit gegen den Lohnraub, für die RGD-Forderungen zu beschließen und alle Vorbereitungen zu treffen, um im entscheidenden Moment unter der Führung selbstgewählter Streikleitungen den Streit durchzuführen.

Die Gefahr ist groß. Wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse, welche die revolutionäre Einheitsfront aller Metallarbeiter für den Streit herbeiführen!

Es sprachen nur noch einige Redner und Ulrich würgte die Diskussion ab. In seinem Schlusswort häufte er Verleumdungen und Beschimpfungen auf die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei. Die von dem Genossen Balkow eingebrachte Entschliegung stieß Ulrich eigenmächtig nicht zur Abstimmung.

Die Berliner Metallarbeiter haben nichts von Ulrich, nichts von den durch ihn zusammengehobenen Funktionärskonferenzen zu erwarten. In den Betrieben müssen die Vorbereitungen für den Streit getroffen werden. Berliner Metallarbeiter, folgt dem Ruf der RGD!